



Antrag

der Fraktionen von **SSW** und **SPD**

Ungewollt Kinderlose besser unterstützen - diskriminierungsfreie Kinderwunschbehandlung ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf

- kurzfristig ein Förderprogramm zur finanziellen Unterstützung bei einer Kinderwunschbehandlung aufzulegen und hiermit der bereits 2012 in Kraft getretenen Bundesinitiative "Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit" beizutreten.
- sich mittelfristig für eine bundeseinheitliche, diskriminierungsfreie Lösung für die finanzielle Unterstützung von Kinderwunschbehandlungen einzusetzen.

Begründung:

Seit Inkrafttreten der Richtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion am 01.04.2012 stellt der Bund finanzielle Hilfen für Kinderwunschbehandlungen bereit. Voraussetzung ist jedoch, dass sich die Bundesländer mit Förderanteilen in mindestens gleicher Höhe beteiligen.

Aktuell hängt es von Sexualität, Alter und Familienstand der Versicherten ab, ob die Krankenkasse den gesetzlichen Zuschuss von maximal 50 % zur künstlichen Befruchtung zahlt. Unverheiratete Paare, Alleinstehende, homosexuelle Menschen oder Personen jenseits der gesetzlich definierten Altersgrenzen haben keinen Anspruch auf jene Leistung. Selbst wenn die Voraussetzungen für den Zuschuss erfüllt sind, können viele Versicherte aus finanziellen Gründen den verbleibenden hohen Eigenanteil gar nicht aufbringen. Die entsprechende Regelung im SGB V bedarf daher dringend einer umfassenden Reform.

Solange es keine diskriminierungsfreie, vollständige, bundeseinheitliche und damit wohnortunabhängige finanzielle Unterstützung gibt, sollte zudem auch in Schleswig-Holstein ein Landesprogramm zur Förderung von Kinderwunschbehandlungen geschaffen werden, damit Menschen mit einem unerfüllten Kinderwunsch in Schleswig-Holstein nicht länger schlechter gestellt werden als in den meisten anderen Bundesländern.

Christian Dirschauer
und Fraktion

Sophia Schiebe
und Fraktion